

Tischvorlage für den Ortschaftsrat am 15.9.14:

Bericht über die Sitzung des Stadtratsausschusses Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik am 2.9.2014, vorgelegt von J. Tiedge

In der Sitzung am 18.8.14 habe ich ausdrücklich den Auftrag zur Wahrnehmung der beratenden Stimme in den Ausschüssen beginnend mit der Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik zu dieser Thematik am 2.9.14 erhalten. Die Stellungnahme des Ortschaftsrates zum Planfeststellungsbeschluss zum Flugplatz und zur Verlegung der B71/L50 und zur Stellungnahme S0159/14 zum Antrag A0096/14 ist dem Beigeordneten Herrn Nitsche und dem Geschäftsführenden des Ausschusses Herrn Haseler am 26.8.14 per E-Mail zugegangen. Dem Oberbürgermeister ist die Stellungnahme bereits am 19.8.14 als Sofortinformation nach der Ortschaftsratssitzung gesandt worden.

Da die Wahlbestätigung für mich durch den Stadtrat noch ausstand, hat der Vorsitzende Herr Hoffmann mein Rederecht vom Ausschuss bestätigen lassen. Dies geschah einstimmig.

Nach der Einführung durch Herrn Nitsche und Diskussionsbeiträgen aus den Reihen der Stadträte habe ich in meinem Beitrag zunächst deutlich gemacht:

Zur Zukunftssicherung der Stadt werden die Bürger unserer Ortschaft die anfallenden Lasten mittragen. Das setzt allerdings die Einbeziehung unserer Bürger und unseres Ortschaftsrates bei der Entscheidungsvorbereitung voraus. Der hier dringend erforderliche Steuerungsbedarf wird angemahnt.

Zusammenfassend sind die klaren Absagen an das Projekt durch den Gemeinderat – unterstützt durch die Verwaltungsgemeinschaft – verdeutlicht worden. Bürger und Volksvertreter sind von der Hoffnung ausgegangen, dass der Kurs aus dem Eingemeindungsvertrag fortgeführt wird. Das hat sich in konzeptioneller Sicht und mit Blick auf Vorbereitung und Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen leider nicht in erforderlichem Umfang ergeben. Ausdrücklich wird betont, dass der seit Jahren bestehende Schwebezustand gravierende hemmende Auswirkungen auf die Ortschaftsentwicklung hat. An die Stadträte ist die Bitte um Unterstützung der Standpunkte des Ortschaftsrates in Sachen Verkehrs- und Umweltpolitik im Süden der Stadt Magdeburg gerichtet. Gegenwärtig ist kein Anlass erkennbar, die Haltung des Ortschaftsrates zu korrigieren.

Der Ausschuss hat mit 4 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen die Beibehaltung des Planfeststellungsbeschlusses zur Flugplatzerweiterung und zur Verlegung der B71/L50 empfohlen.